

## **Beschlussempfehlung\***

### **des Finanzausschusses (7. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, Ulla Lötzer, Ulrich Maurer, Dr. Herbert Schui und der Fraktion die DIE LINKE.  
– Drucksache 16/11747 –**

### **Großbanken vergesellschaften**

#### **A. Problem**

Mit dem Antrag wird festgestellt, der Versuch der Bundesregierung, Banken durch staatliche Stützungsmaßnahmen wie bei der IKB, bei der Hypo Real Estate und der Commerzbank zu retten und somit die Krise des Finanzsektors in Deutschland zu beseitigen, sei gescheitert. Gleichzeitig seien die öffentlichen Schulden um rund 100 Mrd. Euro angestiegen, ein weiteres Ansteigen sei zu befürchten. Zudem drosselten die privaten Banken entgegen den Erwartungen der Bundesregierung ihre Kreditauslage und gefährdeten damit die ausreichende Kreditversorgung und somit die Existenz von Betrieben und Arbeitsplätzen.

#### **B. Lösung**

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung zu einer vollständigen Vergesellschaftung privater Großbanken und der Vorlage entsprechender gesetzlicher Vorschläge auf. Sodann habe eine Offenlegung aller toxischen Anlagen und Papiere zu erfolgen, während die Gründung von Zweckgesellschaften sowie auch die Vornahme von Leerverkäufen und die Ausschüttung an bisherige Aktionäre zu verbieten sei. Toxische Vermögenswerte seien auszulagern und entstehende Verluste durch eine Reihe von Maßnahmen, darunter auch den Einsatz von Bankgewinnen aus operativem Geschäft und eine Zwangsanleihe für Einkommensbezieher ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von über einer Million Euro zu finanzieren, während eine Sozialisierung von Verlusten nicht in Frage komme. Geeignete Maßnahmen gegen Steueroasen seien umzusetzen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

---

\* Der Bericht wird gesondert verteilt.

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Der Antrag sieht keine Angaben vor.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/11747 abzulehnen.

Berlin, den 11. Februar 2009

### **Der Finanzausschuss**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Olav Gutting**  
Berichterstatter

**Gabriele Frechen**  
Berichterstatterin

